



Zusammenfassung der Antworten von BundestagskandidatInnen zur Rolle Deutschlands in der Welt

Obwohl immer deutlicher wird, dass sich die weltweit zuspitzenden Probleme nur gemeinsam lösen lassen, wird darüber im aktuellen Wahlkampf kaum gesprochen. Deshalb befragte das Nord-Süd-Forum Fürstenfeldbruck jeweils sieben Kandidaten in den Wahlkreisen 215 und 224. Anhand von vier Thesen baten wir um Stellungnahme, wie sie die zukünftige Rolle Deutschlands im Hinblick auf globale Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit sehen. Konkret antworteten die bisherigen Abgeordneten **Schrodi**, **Staffler** und **Walter-Rosenheimer**. Der in Germering wieder kandidierende Abgeordnete **Kießling** verwies lediglich auf das Wahlprogramm von CDU und CSU. Per Formular könnten bis zu acht Fragen als Wahlprüfsteine eingereicht werden, jedoch nur bis zum 15. August. Man erhalte dann eine abgestimmte Antwort der beiden Parteien. Weitere mitunter sehr ausführliche Antworten kamen von den Kandidaten **Bode** und **Sichelschmidt** für Fürstenfeldbruck/Dachau sowie von **Wegge** und **Neubauer** für Germering.

Die **erste These** lautete: „Der in unserem Land erreichte materielle Wohlstand beruht unter anderem auf der **Ausbeutung von Natur und Mensch** insbesondere in den Ländern des globalen Südens.“ Uneingeschränkte Zustimmung kam von Carmen Wege für die SPD, weitgehende von Stephanie Sichelschmidt für die ÖDP und von Michael Schrodi. Katrin Staffler betonte, der in unserem Land erreichte materielle Wohlstand beruhe besonders auf dem Fleiß und der Innovation vieler Menschen in Deutschland sowie auf den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Fossile Energie und Globalisierung hatten und haben jedoch noch immer Einfluss. Diese Entwicklungen müssten fair und nachhaltig mit globalen Regeln gestaltet werden. Sowohl Michael Schrodi wie auch die beiden Kandidatinnen der Grünen machten weitgehende Vorschläge, wie sie die weltweite sozial-ökologische Transformation vorantreiben möchten auf der Grundlage der Menschenrechte, der UN-Agenda 2030 mit ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen und dem Klimaabkommen von Paris. Dazu bekennen sich alle Kandidaten einschließlich Ulrich Bode, der Bildung, Teilhabe und eine wirtschaftliche Perspektive als zentrale Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben ansieht und eine werteorientierte Entwicklungspolitik der FPD hervorhebt. Die Bewerberin der ÖDP erwähnt die historische Schuld des Kolonialismus, wonach Ausbeutung und Zerstörung ehemals intakter Gemeinweisen bis heute nachwirken. Beate Walter-Rosenheimer beschwört die Weltgemeinschaft, nach der zusätzlichen Verschärfung der globalen Krisen durch die Pandemie die Chance zu nutzen, es beim Neubau und Wiederaufbau der Strukturen besser zu machen. „Die Menschheit verfügt über die politischen, wirtschaftlichen und technologischen Mittel, um faire Chancen für alle zu schaffen und sie im Einklang mit der Natur zu nutzen. Unser Wirtschafts- und Wachstumsmodell stößt an planetare Grenzen.“

In der **zweiten These** werden die Folgen der weitgehend unkontrolliert abgelaufenen **Globalisierung** und die laufenden Bemühungen zur Umsetzung der **UN-Leitprinzipien für Unternehmen und Menschenrechte** thematisiert. Das zum Schluss der Legislaturperiode gerade noch beschlossene Lieferkettengesetz wird von den beiden Kandidaten der SPD als Erfolg ihrer Partei gesehen, wenn sie sich auch weitergehende Regelungen gewünscht hätten. Michael Schrodi möchte das Gesetz weiter entwickeln und es auf europäischer Ebene mit verbindlichen sanktionsbewehrten Regeln verankern. Die SPD unterstütze den UN-Treaty-Prozess und wolle ein multinationales Investitionsgericht. Für Frau Staffler habe die CSU ein Gesetz verabschiedet, das sowohl effektiv als auch für die zahlreichen Unternehmen umsetzbar ist. Das Sorgfaltspflichtengesetz sei im europäischen Vergleich bisher am weitreichendsten und könne auch zum Vorbild für eine einheitliche europäische Regelung werden. Frau Walter-Rosenheimer benennt die Schwächen des deutschen Gesetzes: Die Umweltverantwortung ist nur halbherzig berücksichtigt, es gäbe keine zivilrechtliche Haftung. Die Beschränkung auf die direkten Vertragspartner verstößt gegen die UN-Leitprinzipien und erfasse nicht besondere Problembereiche wie Bergbau, Landwirtschaft und Fischerei. Die ÖDP fordert die Zurückweisung des gegenwärtigen Gesetzes und bezeichnet es als Feigenblatt.

In der **dritten These** werden **gerechte Handelsbeziehungen** und **eine kohärente Entwicklungspolitik** gefordert, um in Entwicklungsländern mehr Wertschöpfung mit existenzsichernden Mindestlöhnen zu ermöglichen und somit Fluchtursachen zu bekämpfen. Dagegen gibt es keinen Widerspruch, freilich setzen die Kandidaten unterschiedliche Akzente. Die FPD setze sich für die Stärkung und bessere Kooperation der europäischen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit ein. Man begrüße die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der

EU mit regionalen Gruppen der AKP-Staaten und wolle allen afrikanischen Staaten einen erleichterten und bevorzugten Marktzugang bieten. Für Katrin Staffler sind der Zugang zu Kapital und staatlichen Risikoabsicherungen von großer Bedeutung auf der Basis von Rechtsstaatlichkeit und der Bekämpfung von Korruption. Entwicklungszusammenarbeit und strategische Außenwirtschaftsförderungen müssen stärker miteinander verknüpft werden. Wichtiges Zukunftsthema seien erneuerbare Energien. Ein großes Potential biete Wasserstoff, um in den Ländern des globalen Südens Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze zu ermöglichen.

Michael Schrodi beschreibt ausführlich, wie mit klaren Regeln in der Handelspolitik die Globalisierung gerechter gestaltet werden kann. Es dürfe kein unangemessener Liberalisierungsdruck im Rahmen von Wirtschaftspartnerschafts- und sonstigen Handelsabkommen ausgeübt werden. Die Entwicklungsländer bräuchten Schutzmöglichkeiten für ihre im Aufbau befindlichen Industrie- und Dienstleistungssektoren sowie den für die Ernährungssicherheit wichtigen Landwirtschaftssektor. Die humanitäre Hilfe bleibe ein wichtiger Teil sozialdemokratischer Außenpolitik. Mit der Einführung der globalen Mindeststeuer sei ein historischer Durchbruch für eine gerechtere Besteuerung erreicht worden. Steuerhinterziehung und -vermeidung müssen international bekämpft werden. Carmen Wegge will verstärkt Entwicklungshilfe leisten, die abgeschlossenen Handelsverträge evaluieren und den Ausbau Erneuerbarer Energien im Rahmen bestehender Partnerschaften fördern. Martina Neubauer möchte die Beziehungen zum globalen Süden von kolonialen und patriarchalen Denkmustern befreien und unsere Handelspolitik fairer gestalten, Staateninsolvenzverfahren schaffen und für mehr Gerechtigkeit in internationalen Organisationen wie Weltbank und IWF sorgen. Gemäß Beate Walter-Rosenheimer braucht Fairer Handel gute Rahmenbedingungen, klare Regeln und demokratische Kontrolle statt auf einseitige Liberalisierung zu setzen. Stephanie Sichelschmidt fordert einen Umbau des globalen Wirtschaftssystems mit einem Vorrang der Menschenrechte vor Handelsrechten, Freihandelsverträgen oder Investitionsabkommen, keine Spekulationen auf Nahrungsmittel, keinen Ausverkauf großer Landflächen durch ausländische Investoren und verlangt gesetzliche Garantien für existenzsichernde Löhne für alle Arbeitskräfte.

Die **vierte These** behandelte den beständig hohen **Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands**, der die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere den Arbeitsmarkt ärmerer Länder beeinträchtigt und deren **Auslandsverschuldung** erhöht. Katrin Staffler bejaht und sagt, die Interessen wirtschaftlich schwächerer Länder müssen berücksichtigt werden. Auch in der Außenwirtschaftsförderung müssen wir partnerschaftlich und auf Augenhöhe mit Ländern des globalen Südens zusammenarbeiten. Auch Carmen Wegge stimmt zu und benennt als Beispiel den Europäischen Milchpreiskorridor, für den sich die SPD einsetzt. Unsere Milchbauern im Landkreis würden damit von ihrer Arbeit auch tatsächlich leben können und der afrikanische Markt würde nicht von billiger Milch aus der EU überschwemmt. Michael Schrodi benennt die ökonomischen Fehlentwicklungen in der EU aufgrund der einseitig exportorientierten Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte in der Bundesrepublik. Dafür verantwortlich sei aber weniger die hohe Exportquote, sondern die fehlende private wie öffentliche Binnennachfrage. Deshalb setze sich die SPD ein für einen höheren Mindestlohn sowie für gemeinsame europäische Investitionen in eine klimagerechte Zukunft. Er weist auf das immer noch gültige Stabilitätsgesetz hin, das in §1 festschreibt: „... die Maßnahmen müssen u.a. zum außenwirtschaftlichen Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.“ Demgegenüber betont die Vertreterin der ÖPD, dass genau dieser Wachstumszwang kein Staatsziel mehr sein darf und der Leistungsbilanzüberschuss begrenzt werden muss. Die FDP wolle die Investitionen im Inland wieder attraktiver machen und somit die Leistungsüberschüsse senken. Der Staat müsse seine Investitionen sowie seine Steuerungsinstrumente so einsetzen, dass auch private Unternehmen gern in Deutschland investieren.

Die Kandidatinnen der Grünen setzen auf eine multilaterale Handelsordnung, die Menschenrechte schützt und dabei ökologisch nachhaltig sowie sozial gerecht ausgestaltet ist. Nach Jahren des handelspolitischen Stillstands und der Blockade internationaler Organisationen sei das Momentum für strukturelle Verbesserungen gekommen. Dazu gehöre eine asymmetrische Marktöffnung und die Möglichkeit der Entwicklungsländer mit gezielten handelspolitischen Maßnahmen eine selbstbestimmte Entwicklung auf Grundlage einer diversifizierten Industrie und Wertschöpfung vor Ort zu gestalten. Diese Chance für eine proaktive handelspolitische Agenda müsse die EU jetzt ergreifen, unterstützt von der neuen Bundesregierung. Zu all dem habe die grüne Bundestagsfraktion erst im Juni einen umfassenden Antrag eingereicht (Drucksache 10/30882).

Dr. Walter Ulbrich, 14.9.2021

PS: Die verspätet eingetroffene Antwort von **Susanne Droth** (Freie Wähler) konnte nicht mehr berücksichtigt werden, steht zusammen mit der Anfrage und den anderen Original-Antworten zur Einsicht bereit auf www.campo-limpo.eu.